DSdD im Gespräch mit

Dr. Sahra Wagenknecht / DIE LINKE

Nach 2009 kandidiert im Wahlkreis Düsseldorf Süd auch 2013 Sahra Wagenknecht zur Bundestagswahl am 22.09.
Sie kennt das, was die anderen KandidatenInnen noch kennenlernen möchten: Den parlamentarischen Alltagsbetrieb im Deutschen Bundestag.

DSdD: Die politische Arbeit und die Parteiprogrammmatik von DIE LINKE, findet bei der Düsseldorfer Medienlandschaft vergleichsweise wenig Berücksichtigung. Beobachten Sie dieses Medienverhalten auch in anderen NRW-Städten?

Frau Wagenknecht: *Das Problem ist, dass der Medienmarkt mittlerweile von wenigen Medienriesen beherrscht wird. Diese wachsende Medienmacht weniger Konzerne produziert mehr und mehr tendenziösen Journalismus, wodurch gerade auch DIE LINKE benachteiligt wird. Dies macht sich nicht nur in Düsseldorf, sondern auch in vielen anderen Städten in NordrheinWestfalen bemerkbar, in denen die gute und sachorientierte politische Arbeit der LINKEN weitgehend verschwiegen wird. Eine wissenschaftliche Studie hat nun vor Kurzem auch belegt, dass DIE LINKE von den tonangebenden Medien weitgehend ignoriert wird. Ich unterstütze deshalb Initiativen und alternative Medien, die diese Hegemonie der Mediengiganten durchbrechen und zu einer kritischeren und breiteren öffentlichen Debatte beitragen wollen. Die Bevölkerung hat schließlich einen Anspruch darauf, gut informiert zu werden.*

DSdD: Die meisten KandidatenInnen im Wahlkreis Düsseldorf Süd, engagieren sich seit vielen Jahren in der Düsseldorfer Kommunalpolitik.
Wie schaffen Sie es, den Heimvorteil Ihrer MitbewerberInnen bei Podiumsdiskussionen wett zu machen, wenn Wahlkreisthemen angesprochen werden?

Frau Wagenknecht: *Kommunal- und Bundespolitik sind eng mit einander verflochten. So wirkt sich beispielsweise die seit Jahren betriebene Steuersenkungspolitik gerade zulasten der Kommunen aus. Wenn die Einnahmen der Kommunen wegbrechen, wird regelmäßig bei sozialen Vereinen und Jugendclubs gekürzt, werden Schwimmbäder und Bibliotheken geschlossen oder öffentliche Einrichtungen privatisiert. Als Bundestagsabgeordnete kann ich mich dafür einsetzen, dass dieses unverantwortliche Ausbluten der Kommunen endlich gestoppt wird. So hat meine Fraktion entsprechende parlamentarische Initiativen in den Bundestag eingebracht, die die Finanzkraft der Kommunen beträchtlich verbessern würden. Eine Millionärssteuer etwa würde immerhin 17 Milliarden Euro an Mehreinnahmen allein in den Landeshaushalt Nordrhein-Wtestfalens spülen. Das würde auch den Kommunen in NRW helfen und jede Sozialkürzung oder Schließung öffentlicher Einrichtungen überflüssig machen.*

Außerdem kämpfe als Abgeordnete auch für die Interessen der Beschäftigten bei Tarifauseinandersetzungen im Wahlkreis, unterhalte Kontakte zu lokalen sozialen Einrichtungen und unterstütze Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern - wie beispielsweise die Initiative "Hafenalarm", die sich gegen den Ausbau des Reisholzer Hafens zu einem riesigen und ökologisch fragwürdigen Containerterminal engagiert. Und ich setze mich dafür ein, dass Hartz-Betroffene zu ihrem Recht kommen. So bietet die Düsseldorfer LINKE in Kooperation mit meinem Wahlkreisbüro Sozialberatungen an.

DSdD: Nicht nur bei grober Betrachtung, haben rot/grün/rot in Düsseldorf einen Umgang, der im Vergleich zum Bundesparlament, weitestgehend ohne scharfen Zungenschlag auskommt. Was macht aus Ihrer Sicht diesen Unterschied aus?

Frau Wagenknecht: *Vergleicht man unser Wahlprogramm mit dem der SPD, findet man durchaus Gemeinsamkeiten in manchen sozialen Fragen. Allerdings hat die Sozialdemokratie mit ihrer jüngsten Jubelfeier für die AGENDA 2010 deutlich gemacht, dass sie ihr eigenes Wahlprogramm als Makulatur betrachtet. Die AGENDA-Politik hat zur Ausweitung des Hungerlohnsektors, zu massiven Rentenkürzungen und zunehmender Armut geführt. Wer tatsächlich soziale Gerechtigkeit will, muss deshalb die Grundlagen dieser neoliberalen AGENDA rückgängig machen. Dazu ist die SPD aber nicht bereit.*

Auch in der Kommunalpolitik gibt es Unterschiede. So will DIE LINKE die Finanzkraft der Kommunen und damit die lokale Selbstverwaltung stärken. Dies wäre problemlos möglich, wenn keine weiteren Milliarden in marode Banken versenkt, sondern stattdessen endlich eine Millionärssteuer eingeführt und der Spitzensteuersatz auf 53 Prozent erhöht werden würde. Von diesen zusätzlichen Einnahmen könnten dann auch die Kommunen profitieren. Mit dieser Forderung steht die LINKE im Bundestag allerdings ziemlich alleine da, denn alle anderen Parteien unterstützen vielmehr die Banken mit Milliardenhilfen und befürworten darüber hinaus das Instrument der neoliberalen Schuldenbremse, die Bund, Länder und Kommunen zu drastischen Kürzungen zwingt.

Einen ganz erheblichen Dissens gibt es auch in den außenpolitischen Fragen. Für die DIE LINKE gilt: Außenpolitik muss Friedenspolitik sein! Sie muss zurückfinden zu Völkerrecht und ziviler Konfliktlösung. Deshalb lehnt DIE LINKE alle Auslandseinsätze der Bundeswehr ab und setzt sich für ein Ende der Rüstungsproduktion ein.

DSdD: Hat DIE LINKE in NRW nach der Landtagswahlniederlage 2012, für die bevorstehende Bundestagswahl wieder Mut gefasst und neue Ideen entwickelt, wie die eigene Wählerschaft mobilisiert werden kann, falls ja, welche?

Frau Wagenknecht: *Die Wahlen fanden damals unter äußerst schwierigen Bedingungen für DIE LINKE statt. Aber seither hat sich die Zustimmung für DIE LINKE kontinuierlich verbessert. Wir liegen im Moment laut fast allen Umfragen bei soliden acht bis neun Prozent und können uns noch steigern. Immer mehr Menschen spüren offenbar, dass wir es mit unseren Forderungen ernst meinen, dass wir uns glaubwürdig für die Interessen der Niedrigverdiener, Rentner, Beschäftigten und Hartz-IV-Betroffenen einsetzen und vor allem dass wir uns nicht an die Wirtschaftsmächtigen verkaufen. Eine Neuauflage der Agenda 2010, wie sie einige Spitzenpolitiker der SPD bereits planen, wird es mit uns nicht geben. Und wir werden auch in Zukunft gegen milliardenschwere Bankenrettungen, Sozialkürzungen und Stellenabbau kämpfen.*

DSdD: Über welches bundesweite Wahlergebnis für DIE LINKE würden Sie sich freuen?

Frau Wagenknecht: *Ich denke, dass wir die acht bis neun Prozent, die uns verschiedene Umfrage-institute geben, noch ausbauen können. Das Problem allerdings ist, dass sich zwar viele Menschen eine andere Politik wünschen, aber dennoch nicht mehr zu Wahl gehen wollen, weil sie sehen, dass alles auf eine Regierungskonstellation hinausläuft, die keinen politischen Wechsel einleiten wird. Sowohl Angela Merkel als auch ihr Herausforderer Peer Steinbrück stehen im Grunde für die gleiche Politik. Deshalb müssen wir den Wählern noch deutlicher vermitteln, dass man auch aus der Opposition heraus Veränderungen erreichen kann und dass DIE LINKE mit einem starken Wahlergebnis im Rücken Druck auf die neue Regierung machen kann. Je stärker DIE LINKE wird, desto schwieriger wird es für die anderen Parteien, weitere soziale Sauereien durchzusetzen.*

DSdD: Nennen Sie bitte drei Themen, mit denen sich Ihrer Auffassung nach der neu gewählte Bundestag zu Beginn der neuen Legislatur befassen sollte.

Frau Wagenknecht: *Ich denke da vor allem an sozialpolitische Maßnahmen, die ganz dringend erforderlich wären: Zuallererst sollte der Bundestag nicht länger herumlavieren, sondern endlich einen gesetzlichen Mindestlohn beschließen. Wir schlagen hierfür zehn Euro als Mindestgrenze vor. Zweitens müssen die Mietpreise gesetzlich begrenzt werden. Dies würde nicht zuletzt zahlreichen Menschen in Düsseldorf helfen, denn dort sind die Mietpreise für viele kaum bezahlbar. Drittens muss das Hartz-IV-System durch eine solidarische Arbeitslosenversicherung ersetzt werden, die Armut verhindert. In einem ersten Schritt dahin müssen der Hartz-IV-Regelsatz auf mindestens 500 Euro angehoben und die Sanktionen abgeschafft werden.*

DSdD: Sie sind eine erfahrene Europapolitikerin. Nennen Sie bitte zwei bis drei europapolitische Entscheidungen, die für Sie von großer Bedeutung sind.

Frau Wagenknecht: *Die EU-Politik gibt leider wenig Anlass für gute Nachrichten. Denn die maßgeblichen EU-Institutionen setzen weiterhin auf Sozialkahlschlag, Privatisierung und Liberalisierung und versenken sinnlos Milliarden Euro an Steuergeldern in Bankenrettungen. DIE LINKE steht deswegen in Opposition zu dieser Politik und unterstützt den Widerstand gegen die unsoziale Politik der Europäischen Union. Ein gutes Beispiel, dass solche Proteste auch Erfolg haben können, waren 2007 die Massenproteste und kämpferischen Streiks der Hafenarbeiter gegen Port Package II. Diese Richtlinie sah die Marktöffnung der Hafendienste vor und hätte massiven Druck auf Arbeitsplätze und Löhne vieler tausend Hafenarbeiter zur Folge gehabt. Ich habe damals als Europaabgeordnete gemeinsam mit meiner Fraktion GUE/NGL die Kämpfe zigtausender Hafenarbeiter unterstützt und war froh darüber, dass das EU-Parlament schließlich aufgrund des starken außerparlamentarischen Drucks die Hafenrichtlinie ablehnte.*

Einen ähnlich kämpferischen Widerstandsgeist erhoffe ich mir gegen die Privatisierung des Wassers, wie sie die EU-Kommission aktuell anstrebt. Wasser darf nicht zur Ware werden, die sich nur noch wenige Reiche leisten können. Auch hier zeichnen sich erste Teilerfolge ab. So ist die Wasserver-sorgung von der Anwendung der EU-Konzessionsrichtlinie ausgenommen worden. Zudem hat die europäische Bürgerinitiative "Wasser ist Menschenrecht" EU-weit bisher beachtliche 1,7 Millionen Unterschriften sammeln können und zwingt damit die EU- Kommission, sich mit ihrem Anliegen zu befassen. Das sind erste wichtige Schritte, um die beabsichtigte Wasserprivatisierung zu verhindern.

DSdD: Welche zwei bis drei EU-politische Beschlussfassungen würden Sie am liebsten rückgängig machen?

Frau Wagenknecht: DIE LINKE kämpft für einen Politikwechsel in Europa. Um dieses Ziel zu erreichen, genügt es nicht, nur zwei oder drei Beschlüsse rückgängig zu machen. Vielmehr muss die gesamte EU-Politik auf neue wirtschaftliche und soziale Grundlagen gestellt werden. Das Diktat der Finanzmärkte muss überwunden und Reichtum couragiert besteuert werden. Die vertraglichen Leitlinien der Europäischen Union gehören grundlegend geändert. So sollte in die Verträge eine "Soziale Fortschrittsklausel" aufgenommen werden, die den sozialen Grundrechten Vorrang vor den "Grundfreiheiten" des Kapitals gibt. Gewerkschaften und Tarifverträge müssen europaweit gestärkt, Lohn-und Sozialdumping gestoppt und dem Ziel der Sozialstaatlichkeit höchste Priorität in der EU-Politik eingeräumt werden. Außerdem müssen wirksame Sofortmaßnahmen gegen Massenarbeitslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit der Jugend insbesondere in den Krisenländern eingeleitet werden.

DSdD: Erachten Sie die Vereinigten Staaten von Amerika als ein gelungenes Modell für einen europäischen Staatenbund?

Frau Wagenknecht: *Millionen US-Amerikaner leben heute in tiefer Armut. Auch der Wohlstand der Mittelschicht schrumpft seit Jahren. Auf der anderen Seite eignet sich eine Handvoll extrem Reicher immer mehr politische Macht an und unterdrückt jede progressive soziale Veränderung. Ich denke da nicht zuletzt an die brutale Niederschlagung der Occupy-Proteste durch Polizeikräfte. Das alles kann kein Vorbild für Europa sein. Ich halte die Idee eines europäischen Bundesstaates auch generell für keine erstrebenswerte Perspektive. Die Übertragung von immer mehr Kompetenzen nach Brüssel birgt die große Gefahr in sich, dass die Demokratie immer weiter ausgehöhlt und zerstört wird. Denn die Brüsseler Institutionen sind von den Bürgerinnen und Bürgern noch sehr viel schlechter zu kontrollieren als die nationalen Parlamente. Imponiert haben mir in den USA hingegen die vielen Menschen, die sich in der Occupy-Bewegung zusammenfanden, um gegen die Allmacht der Finanzmafia zu demonstrieren. Solche Proteste bräuchten wir auch in Europa und in Deutschland viel mehr.*

DSdD: Frau Wagenknecht, wir blicken noch einmal in Ihren Wahlkreis, wo viel zu viele Menschen viel zu viel auf die Ohren bekommen, was uns zum Thema "Anwohnerlärmschutz" führt:

Während dessen Kommunen und Städte nach EU-Recht gesetzlich verpflichtet sind Maßnahmen bei überschrittenen Feinstaubgrenzwerte zu ergreifen, gilt dies bei überschrittenen dB(A)- Grenzwerten nicht.
Würden Sie die Forderung nach strengeren Lärmschutzregelungen unterstützen, falls ja, wie?

Frau Wagenknecht: *Ich unterstütze die Forderung nach strengeren Lärmschutzregelungen, denn Verkehrslärm macht krank - das ist inzwischen auch wissenschaftlich belegt. Lärm muss deshalb aktiv und bereits im Entstehungsstadium reduziert werden. So tritt DIE LINKE dafür ein, die Grenzwerte der Bundesimmissionsschutzverordnung, die strenge Grenzwerte bislang nur für neue bzw. ausgebaute Verkehrswege vorsieht, auf bereits bestehende Strecken auszudehnen.*

Zugverbindungen sollten gegenüber Kurzstreckenflügen attraktiver gemacht werden. Dafür sind größere Investitionen in die Schieneninfrastruktur und in den Lärmschutz an Schienenwegen notwendig. Außerdem muss die Fluglärmbelastung durch zusätzliche Schutzmaßnahmen gesenkt werden. Dazu gehört z.B. eine einheitliche Regelung von nächtlichen Betriebsbeschränkungen, die dem Lärmschutzbedürfnis der Anwohner gerecht wird.

Auch Verkehrsvermeidung kann zur Senkung der Lärmbelastung beitragen. Um dies zu erreichen, müssen z.B. regionale Wirtschaftkreisläufe gestärkt werden, weil auf diese Weise Transport-und Verkehrswege möglichst klein gehalten werden können. Und nicht zuletzt müssen von Verkehrslärm Betroffene einen grundsätzlichen Anspruch auf Schutzmaßnahmen erhalten.

DSdD: Sahra Wagenknecht, vielen Dank für Ihre Zeit, die Sie sich für die Beantwortung unserer Fragen genommen haben.
Abschließend bitten wir Sie um Nennung der für Sie wichtigsten vier Gründe, warum sich die Wählerinnen am 22.09. für Sie und DIE LINKE entscheiden sollten.

Frau Wagenknecht: *Egal ob Merkel, Steinbrück, Rösler oder Trittin - sie alle waren dabei, als es darum ging, hunderte Milliarden Euro an Steuergeldern für ein marodes Finanzsystem zu verschleudern. DIE LINKE hat hingegen die milliardenschweren Bankenrettungen stets abgelehnt, auch jene, die "Eurorettung" genannt wurden. Wir wollen, dass mit Steuergeldern vernünftig umgegangen wird. Statt weiter die Profite der Banken zu garantieren, muss vielmehr der Sozialstaat gerettet werden.*

Zweitens, DIE LINKE hat sich bereits vor vielen Jahren für einen gesetzlichen Mindestlohn eingesetzt, sie fordert das Verbot von Leiharbeit und die Bekämpfung des Lohndumpings durch Werkverträge und Befristungen sowie die Wiederherstellung einer lebensstandardsichernden Rente ab 65 Jahren.

Im Unterschied zu den anderen Fraktionen hat die LINKE im Deutschen Bundestag Auslandseinsätze der Bundeswehr immer abgelehnt und gegen Waffenexporte lautstark opponiert. DIE LINKE tritt dafür ein, dass deutsche Außenpolitik wieder Friedenspolitik wird.

Und schließlich: DIE LINKE ist unbestechlich. Denn sie erhält keine großzügigen Spenden von der Wirtschaftslobby und verzichtet auch für die Zukunft auf deren Geldsegen. Die LINKE kämpft gegen die Bankenlobby und eine käufliche Politik.